Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 22.03.2022

Dezernat: I / Büro der
Stadtvertretung
Bearbeiter/in: Herr Nemitz
Telefon: 545-1021

Informationsvorlage Drucksache Nr.

00272/2021/B

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Berichts Antrag | Situation der Kindertagespflegepersonen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung nimmt das Ergebnis zur Kenntnis.

Begründung

Die Stadtvertretung hat in ihrer 21. Sitzung am 06.12.2021 unter TOP 45.2 zur Drucksache 00272/2021 Folgendes beschlossen:

Die Stadtvertretung beauftragt den Oberbürgermeister,

1. Der Stadtvertretung in der ersten Sitzung der Stadtvertretung des Jahres 2022 über die aktuelle Situation der Schweriner Kindertagespflege zu berichten und in seinem Bericht auf folgenden Punkten einzugehen:

- Stand der aktuellen Klageverfahren von Schweriner Kindertagespflegepersonen gegen die Landeshauptstadt Schwerin (Argumente der Klägerinnen, finanzielle Folgen für die Landeshauptstadt Schwerin, wenn die Kindertagespflegepersonen mit ihren Klagen erneut erfolgreich sein sollten).

- Bisher entfaltete Aktivitäten des Oberbürgermeisters durch Gespräche mit den Klägerinnen eine politische Lösung für die bestehenden Probleme im Sinne einer gütlichen Beendigung der eingereichten Klagen mittels Vergleich zu erreichen.

- Zu dem Lösungskonzept des Oberbürgermeisters und veranlassten Maßnahmen der drohenden Altersarmut der Schweriner Kindertagespflegepersonen zu begegnen, die den Frauen auf Grund der jahrelang, extrem niedrigen Geldleistungen der Landeshauptstadt Schwerin trotz Vollzeittätigkeit der Frauen droht.

2. Der Stadtvertretung und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses nachvollziehbar darzulegen auf welcher Rechtsgrundlage der Oberbürgermeister dem von ihm unwidersprochenen Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur Umsetzung der ergangenen Urteile des Obergerichtes Mecklenburg-Vorpommern zu den

Geldleistungen der Kindertagespflegepersonen bisher nicht umgesetzt hat. Und wie etwaige Hinderungsgründe, die der Umsetzung des demokratisch gefassten Beschlusses des Jugendhilfeausschusses aus Sicht des Oberbürgermeisters beseitigt werden können.

3. Aufgrund kollidierender Bürgeranfrage, eines Schweriner Bürgers zur Sitzung am 6. Dezember mit diesem Berichtsantrag, der eine Bürgerfrage, nach Ansicht des Büros der Stadtvertretung nicht zulässig macht - wird ferner, im Rahmen des Berichtes um detaillierte Beantwortung folgender beiden Fragen gebeten:

1. Frage: Wie steht der Oberbürgermeister als oberster Dienstherr dazu, dass der Fachdienst Jugend den Beschluss der Stadtvertretung vom 15.03.2021 (016/StV/2021), als auch den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.08.2021, trotz Fristen nicht umsetzt?

2. Frage: Der Oberbürgermeister, sowie der Sozialdezernent, betonen in ihren Ausführungen zu einer möglichen Verbesserung der personellen Ausstattungen in den Schweriner Kindertageseinrichtungen, im Sinne eines verbesserten Personalschlüssels in der Kita-Satzung der Landeshauptstadt Schwerin, immer wieder, dass es aktuell gar nicht ausreichend Fachpersonal gäbe, um mögliche Stellen zu besetzen. Meine Frage lautet deswegen, welche Maßnahmen der Oberbürgermeister bzw. der Sozialdezernent in den vergangenen Jahren beim Land Mecklenburg-Vorpommern angestrebt haben, um sich für mehr Ausbildungsklassen in den Berufen „Staatlich anerkannte*r Erzieher*in“ bzw. „Erzieher*in Null bis Zehn“ einzusetzen.

Hierzu wird mitgeteilt:

„Die Stadtvertretung beauftragt den Oberbürgermeister,

1. Der Stadtvertretung in der ersten Sitzung der Stadtvertretung des Jahres 2022 über die aktuelle Situation der Schweriner Kindertagespflege zu berichten und in seinem Bericht auf folgende Punkte einzugehen:

- Stand der aktuellen Klageverfahren von Schweriner Kindertagespflegepersonen gegen die Landeshauptstadt Schwerin (Argumente der Klägerinnen, finanzielle Folgen für die Landeshauptstadt Schwerin, wenn die Kindertagespflegepersonen mit ihren Klagen erneut erfolgreich sein sollten):

Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat in seiner Sitzung am 02.12.2020 zu TOP 9 (Drs.-Nr. 00489/2020 https://bis.schwerin.de/si0057.asp?_ksinr=7778) die "Handreichung für die Festsetzung der laufenden Geldleistungen für die Kindertagespflegepersonen" und auf dieser Grundlage die Entgelte für die Kindertagespflege beschlossen.

Gegen die auf dieser Grundlage erlassenen Bescheide an die Kindertagespflegepersonen haben die vier Klägerinnen für den ursprünglichen Klagezeitraum (ab 10/14) entsprechende Widerspruchsbescheide und Nachzahlungen erhalten. Gleichwohl ist erneut Klage für diese Zeiträume eingelegt worden. Darüber hinaus ist über weitere (ruhende) Widersprüche entschieden worden, die nun ebenfalls Klagegegenstand sind. Zwei der Klägerinnen sind zwischenzeitlich nicht mehr in der Tagespflege (z.T. Ruhestand) tätig (siehe *). Im Übrigen sind keine weiteren Klageverfahren der übrigen zurzeit 60 Tagespflegepersonen anhängig. Im Einzelnen:

Klägerin 1*

6 A 796/21 SN Widerspruchsbescheid vom 23.03.2021 (Zeitraum 10/14 – 07/20)

Klägerin 2*

6 A 795/21 SN Widerspruchsbescheid vom 23.03.2021 (Zeitraum 10/14 – 04/18)

Klägerin 3

6 A 404/21 SN Widerspruchsbescheid vom 02.02.2021 (Zeitraum 10/14 – 09/17)

Widerspruchsbescheid vom 11.05.2021 (Zeitraum 3/20)
Widerspruchsbescheid vom 25.05.2021 (Zeitraum 10/17 – 12/20)

Klägerin 4

6 A 290/21 SN Widerspruchsbescheid vom 29.01.2021 (Zeitraum 10/14 – 09/17)
6 A 1214/21 SN Widerspruchsbescheid vom 25.05.2021 (Zeitraum 10/17 – 12/20)
6 A 820/21 SN Widerspruchsbescheid vom 26.03.2021 (Zeitraum 01/21 – 03/21)
6 A 1401/21 SN Widerspruchsbescheid vom 29.06.2021 (Zeitraum 04/21 – 06/21)
6 A 1930/21 SN Widerspruchsbescheid vom 05.11.2021 (Zeitraum 07/21)

Streitpunkte sind erneut die Höhe der Erstattung der angemessenen Sachkosten sowie des Betrages zur Anerkennung der Förderleistung. Begehrt werden u. a. Sachkostenpauschalen von 300 € pro Kind sowie weitere und höhere Beträge zur Anerkennung der Förderleistung. Bei der Bemessung und Festsetzung der Entgelte für die Tagespflegepersonen hat der JHA nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes M-V (OVG) und des Bundesverwaltungsgerichtes einen weiten Beurteilungsspielraum. Wann und mit welcher Entscheidung des Verwaltungsgerichtes zu rechnen ist, kann nicht prognostiziert werden. Üblicherweise ist mit einer erstinstanzlichen Verfahrensdauer von 2 bis 3 Jahren zu rechnen. Etwas finanzielle Folgen sind nicht abschätzbar.

- Bisher entfaltete Aktivitäten des Oberbürgermeisters durch Gespräche mit den Klägerinnen eine politische Lösung für die bestehenden Probleme im Sinne einer gütlichen Beendigung der eingereichten Klagen mittels Vergleich zu erreichen:

Der Fachdienst Bildung und Sport pflegt im Auftrag des Oberbürgermeisters mit Vertreterinnen der Kindertagespflegepersonen in der Landeshauptstadt Schwerin einen regen Austausch. Auch dazu hat die Stadt 2018 die Stelle einer Fachberaterin geschaffen und 2018 entsprechend besetzt. In den regelmäßig stattfindenden Terminen zwischen Verwaltung und Vertreterinnen der Kindertagespflegepersonen werden sämtliche Themen der Kindertagespflege und insbesondere die „Handreichung für die Festsetzung der Entgelte“ und die jährlich neu festzusetzenden Entgelte erörtert und besprochen. Dies ist ein offener Austausch, der protokolliert wird. Die Protokolle werden allen Kindertagespflegepersonen und damit auch den Klägerinnen, die auch an den Sitzungen teilnehmen können/sollten, zur Verfügung gestellt, so dass alle Kindertagespflegepersonen stets informiert werden.

Am 01.12.2021 hat der Jugendhilfeausschuss erneut die Erhöhung der Entgelte für die Kindertagespflegepersonen ab 01.01.2021 beschlossen (https://bis.schwerin.de/vo0050.asp?_kvonr=8867), und zwar unter der Prämisse, dass die Handreichung als Grundlage für die Festsetzung erneut überarbeitet wird.

Der hierzu einberufene Arbeitskreis, bestehend aus VertreterInnen von Fraktionen, von Mitgliedern der AG Kita, einer Tagespflegeperson und Vertreterinnen der Verwaltung tagte bereits am 16.11.2021 und am 22.12.2021. Das Protokoll vom 22.12.2021 ist den Unterlagen für die Sitzung des JHA am 05.01.2022 beigelegt (https://bis.schwerin.de/si0057.asp?_ksinr=9341).

Insofern wird sehr intensiv an Lösungen gearbeitet.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Stadtverwaltung auch weiterhin intensiv an Möglichkeiten arbeitet, um die Situation der Tagespflegepersonen weiter zu verbessern. Aktuell wird geprüft, inwieweit in analoger Anwendung des TVöD „Erfahrungsstufen“ besser berücksichtigt und ggf. angehoben werden können. Überdies wird zurzeit geprüft, inwieweit weitere Unterstützungen bei Fortbildungsmaßnahmen gewährt werden können. Darüber hinaus sollen die Sachkosten erneut auf den Prüfstand gestellt werden, insbesondere vor dem Hintergrund der Preissteigerungen bspw. für Energie.

Nicht zuletzt erarbeitet die Verwaltung mit den Kindertagespflegepersonen derzeit „Qualitätsstandards der Landeshauptstadt Schwerin zur Ausgestaltung der Kindertagespflege“, die einen formellen inhaltlichen Rahmen für die Arbeit von

Kindertagespflegepersonen geben werden.

Im Rahmen der anhängigen Klagverfahren pflegen die Klägerinnen den Kontakt zur Verwaltung über ihre RechtsanwältInnen.

- Zu dem Lösungskonzept des Oberbürgermeisters und veranlassten Maßnahmen der drohenden Altersarmut der Schweriner Kindertagespflegepersonen zu begegnen, die den Frauen auf Grund der jahrelang, extrem niedrigen Geldleistungen der Landeshauptstadt Schwerin trotz Vollzeitätigkeit der Frauen droht:

Zur Angabe, dass etwaige Rentenansprüche von Tagespflegepersonen für diese eine "Altersarmut" bedeuten würden, kann die Verwaltung keine Auskunft geben, weil sie hierüber keine Kenntnisse hat. Die Kindertagespflegepersonen sind selbstständig und tragen daher selbstständig die Sorge zum Abschluss etwaiger Rentenversicherungsverträge.

Nach § 23 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII ist die Landeshauptstadt Schwerin als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet, hälftig die Beiträge zur angemessenen Altersvorsorge zu erstatten. Dieser Verpflichtung kommt sie gegenüber den Kindertagespflegepersonen nach. Zudem berechnen sich die Beträge zur Anerkennung der Förderleistung der Kindertagespflegepersonen (sprich die „Gehälter“ ohne Sachkostenerstattungen) nach den Brutto-Beträgen aus den TVöD-Entgelten für S3 Stufe 1, also sind rechnerische Anteile für Sozialversicherungen enthalten.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Verwaltung bereits 2015 eine jährliche Überprüfung der Tagespflegesätze nach § 23 SGB VIII (sog. laufende Geldleistungen) eingeführt hat, was überhaupt erst zu einer regelmäßigen Erhöhung der Geldleistungen geführt hat. Im interkommunalen Vergleich – soweit recherchierbar/teilweise nur Beschlussvorlagen recherchierbar – stellen sich die Entgelte für die Kindertagespflegepersonen pro Monat und Kind je nach Finanzierungssystem für einen Ganztagsplatz wie folgt dar:

LH Schwerin ab 01.01.2022	LK NWM ab 01.01.2022	LK Rostock ab 01.01.2022	LK MSE ab 01.01.2022	LK LUP ab 01.04.2022
691,81 € bis 722,75 €	552,94 € bis 610,48 €	552,36 € bis 587,34 €	617,98 € bis 797,69 €	646,11 € bis 702,60 €

Insoweit bewegen sich die Verdienstmöglichkeiten von Kindertagespflegepersonen in der Landeshauptstadt Schwerin im oberen Bereich.

2. Der Stadtvertretung und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses nachvollziehbar darzulegen auf welcher Rechtsgrundlage der Oberbürgermeister dem von ihm unwidersprochenen Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur Umsetzung der ergangenen Urteile des Obergerichtes Mecklenburg-Vorpommern zu den Geldleistungen der Kindertagespflegepersonen bisher nicht umgesetzt hat. Und wie etwaige Hinderungsgründe, die der Umsetzung des demokratisch gefassten Beschlusses des Jugendhilfeausschusses aus Sicht des Oberbürgermeisters beseitigt werden können:

Zusammenfassend gesagt, fehlt es an einer Rechtsgrundlage für rückwirkende Auszahlungen an die Kindertagespflegepersonen, die keine Rechtsmittel eingelegt bzw. geklagt haben, weil deren monatliche Abrechnungsbescheide bestandskräftig geworden sind. Diese fehlende Rechtsgrundlage kann auch nicht durch die – unwidersprochene - Entscheidung des Jugendhilfeausschusses ersetzt werden.

Im Einzelnen:

1. Eine bereits erstellte Prüfmitteilung der Verwaltung zu vorstehendem Ergebnis ist dem Protokoll der Sitzung des JHA am 19.05.2021 unter TOP 3.1 beigefügt (<https://bis.schwerin.de/si0057.asp?ksinr=8028>).

Dort heißt es:

„Rechtliche Problemstellung:

Aus Sicht der Rechtsabteilung und der Verwaltung ist der Arbeitsauftrag aus dem JHA weder rechtlich umsetzbar noch unter Billigkeits-/Gleichbehandlungsgesichtspunkten vertretbar.

Die Rechtsabteilung hat sich bereits zu der Frage, ob die weiteren Tagespflegepersonen, die nicht den Rechtsweg beschritten haben, einen Anspruch auf „Nachzahlungen“ hätten. Hierzu heißt es:

Für eine rückwirkende Festsetzung der laufenden Geldleistungen im Ergebnis der OVG Urteile K./ H. vom 3.12.19 – insb. für die Zeiträume 2014/2015 – gibt es keine Rechtsgrundlage.

Die monatlichen Mittelzuweisungen stellen Bescheide/ Verwaltungsakte dar. Auch wenn diese keine Rechtsbehelfsbelehrungen enthalten, läuft eine Widerspruchsfrist – allerdings in diesem Fall von einem Jahr, nicht ein Monat (§ 58 II VwGO). Soll heißen: Wer von den Tagesmüttern keinen Widerspruch eingelegt hat, deren Verwaltungsverfahren ist mit Ablauf der Widerspruchsfrist erledigt. Da sich das Verwaltungsverfahren nach den Regelungen des SGB X richten dürfte, wäre noch ein Antrag nach § 44 SGB X möglich. Auf einen solchen Antrag wäre eine Überprüfung der Bescheide nach § 44 IV SGB für die zurückliegenden 4 Jahre möglich. Wir haben aber 2020 – 2014, 2015 wäre dann gerade auch nicht in dem Überprüfungszeitraum enthalten.

Ausgehend von der Bestandskraft der Bescheide aus den zurückliegenden Jahren gilt also für alle Tagespflegepersonen, die nicht geklagt haben, dass keine Rechtsgrundlage für rückwirkende Zahlungen besteht.

Eine solche rückwirkende Zahlung an alle wäre eine „freiwillige“ Leistung. Es würde gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit/ § 43 IV KV verstoßen. Zudem liegen Deckungsvorschläge mit Blick auf § 31 II KV MV nicht vor.

Eine rückwirkende Erstattung für alle Tagesmütter aus „Billigkeitsgründen“ begegnet zudem ernsthaften rechtlichen Bedenken.

Billigkeitsentscheidungen der Verwaltung sind dort möglich, wo sie gesetzlich geregelt sind (bspw. im Steuerrecht oder im Recht der Verfahrenskosten in Gerichtsverfahren).

Entscheidungen unter Billigkeitsgesichtspunkten dürften immer an konkrete rechtliche Grundlagen bzw. konkrete rechtliche Vorschriften anknüpfen. Mit anderen Worten: Eine reine Billigkeitserwägung, dieses oder jenes zu tun oder zu lassen, ist dem rechtsstaatlichen Verwaltungshandeln fremd. Für Billigkeitsentscheidungen muss der

Entscheidungsspielraum dem Grunde nach eröffnet sein. Daran fehlt es hier.

Die monatlichen Abrechnungen der nicht klagenden Tagespflegepersonen für den streitgegenständlichen Zeitraum 2014 – 2017 sind bestandskräftig, d.h. rechtskräftig abgeschlossen. Selbst wenn die betroffenen Tagespflegepersonen diese Abrechnungen angreifen wollen würden, fehlt ihnen hierzu das rechtliche „Werkzeug“. Es gibt seitens der Tagespflegepersonen weder Anfragen noch sonstige Verlautbarungen, hier weitergehende Zahlungsansprüche geltend zu machen. Und selbst wenn es hier Bestrebungen gäbe, dürften für die streitgegenständlichen Zeiträume 2014 - 2017 wenigstens die Verjährung von möglichen Ansprüchen aus den Jahren 2014, 2015, 2016 eingetreten sein.

Auch der Verwaltung fehlt das rechtliche „Werkzeug“, hier erneut in die Verfahren einzusteigen, geschweige denn eine rechtliche Grundlage für Auszahlungen an die Tagespflegepersonen. Allein Billigkeitsgesichtspunkte genügen nicht, auch diese bedürfen irgendeiner rechtlichen Anknüpfung, um überhaupt eine Billigkeitsentscheidung treffen zu können. Hier ist noch nicht einmal der Entscheidungsspielraum eröffnet.

Auch der allgemeine Gleichheitsgrundsatz hilft nicht weiter. Theoretisch wäre denkbar, dass alle Tagespflegepersonen gleich zu behandeln wären, also wenn die Klägerinnen für die streitgegenständlichen Zeiträume 2014 – 2017 Nachzahlungen erhalten, dass dies ebenso für die weiteren Tagespflegepersonen gelten müsse. Jedoch liegen hier keine gleichen Sachverhalte vor, die gleichbehandelt werden müssten, weil die Urteile eben nur zwischen den Klägerinnen und der Landeshauptstadt Schwerin wirken und keine generelle Wirkung entfalten.

Im Grunde genommen ist die Situation grob vergleichbar mit Verfahren zu Richtlinien der Kosten der Unterkunft für Leistungsbezieher nach dem SGB II. Wenn das Gericht zum Ergebnis kommt, dass es Anpassungsbedarf in der Richtlinie gäbe, entfaltet dies Wirkungen für die Kläger und nicht für alle Leistungsbezieher nach dem SGB II, schon gar nicht rückwirkend.

Es stellt sich vielmehr die Frage, ob die rechtsgrundlose Auszahlung an alle Tagespflegepersonen einen derartigen Rechtsverstoß darstellen könnte, der strafrechtliche Relevanz erlangen könnte.

Denn rechtsgrundlose Zahlungen stellen einen Verstoß gegen den Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung dar und können grundsätzlich eine untreuerelevante Pflichtwidrigkeit im Sinne des § 266 Strafgesetzbuch darstellen (vgl. Urteil des BGH 3. Strafsenat vom 26.11.2015, AZ: 3 StR 17/15; Urteil des VG Meiningen 6. Disziplinarkammer vom 23.11.2020, AZ: 6 D 141/19 zur Frage des Handelns zum vermeintlichen Wohl der Gemeinde bei fehlender Gesetzeskonformität).

Soweit darauf abgestellt werden soll, dass der Beschluss umzusetzen ist, weil dem (rechtswidrigen) Beschluss [des JHA] nicht im Sinne des § 33 Kommunalverfassung MV widersprochen werden sollte, dürfte dieser Angang nicht angezeigt sein. Insbesondere vor dem Hintergrund der möglichen strafrechtlichen Relevanz rechtsgrundloser Zahlungen und der Zweiteilung des Jugendamtes in JHA und originäres Jugendamt, dürfte nicht zu erwarten stehen, dass vor dem Hintergrund der rechtlichen Ausführungen der JHA an einer Umsetzung des „Beschlusses“ festhält.

Schließlich ist zu bedenken, dass der JHA gem. § 71 Abs. 3 SGB VIII ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel, der von ihr erlassenen Satzung und der von ihr gefassten Beschlüsse hat. Die rückwirkenden Nachzahlungen zugunsten aller Tagespflegepersonen würden einen überschlägigen Betrag von rd. 200 T€ ausmachen. Diese Mittel sind schlichtweg nicht vorhanden, so dass dem JHA schon dem Grunde nach ein Beschlussrecht nicht zusteht. Nach alledem fehlt die Rechtsgrundlage für Nachzahlungen an alle Tagespflegepersonen analog den der Nachzahlungen für die Klägerinnen die Rechtsgrundlage, so dass diese rechtswidrig wären und der Beschluss des JHA nicht umsetzbar ist.“

2. Zu diesem Prüfergebnis ist zu ergänzen:

Soweit vertiefend darauf abgestellt werden sollte, dass der JHA bereits die rückwirkenden Nachzahlungen an alle Tagespflegepersonen „beschlossen“ haben sollte und gegen diesen Beschluss kein Widerspruch gem. § 33 KV M-V eingelegt worden sei, wird auf die diffuse Beschlusslage verwiesen. In den Protokollen des JHA heißt:

- Auszug aus dem in diesem Punkt nicht bestätigten Protokoll vom 02.12.2020:

„Die Verwaltung führt in das Thema ein. Mit Urteil des OVG vom 03.12.2019 ist die Landeshauptstadt Schwerin in Klagverfahren zweier Tagespflegepersonen verpflichtet worden, für diese in den klaggegenständlichen Zeiträumen erneut laufende Geldleistungen unter Rechtsauffassung des Gerichtes neu zu bescheiden. Seitens einer Klägerin wird gefordert, dass alle Tagespflegepersonen vom Urteil partizipieren.

Herr Clausen fragt, ob die Tagesmütter darauf hingewiesen worden sind, dass alle Anspruch auf rechtliche Beratung haben. Auch fordert er, dass das Urteil auf alle Tagesmütter ausgeweitet werden soll. Es ginge hier um den Umgang mit Kindern, es solle ein Musterbeispiel sein und auf alle übertragen werden.

Es wird nach der Vernetzung gefragt, ob es eine Anlaufstelle gibt, oder die Tagesmütter sich anderweitig organisieren.

Frau Gabriel führt aus, dass eine Interessengemeinschaft (IG) durch Frau Kuhlmann ins Leben gerufen wurde, es diese IG aber nicht mehr gibt. Die Verwaltung hat einen Jour fixe eingerichtet. Daran nehmen regelmäßig 3 – 4 Tagespflegepersonen teil und die Protokolle werden allen Tagespflegepersonen zur Verfügung gestellt. Auch an der § 78 AG Kita beteiligen sich Tagesmütter.

Zu Punkt 2 wird die Verwaltung verpflichtet zu prüfen, inwieweit es rechtlich umsetzbar ist, die Anerkennung und Gleichbehandlung für alle Tagespflegepersonen zu erreichen.

Es wird angeregt, eine Pauschale anzubieten, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren.“

- Auszug aus dem in diesem Punkt nicht bestätigten Protokoll vom 03.03.2021:

„Herr Claussen merkt an, dass ein Teil des Protokolls [s.o.] nicht korrekt ist und bittet um Änderung.

Frau Jeske macht den Vorschlag den 2. Absatz der Stellungnahme der Verwaltung vom 25.02.2021 dem Protokoll hinzuzufügen [In dieser Sitzung wurde darüber hinaus diskutiert, inwieweit die rückwirkende Festsetzung für alle Tagespflegepersonen, also unabhängig, ob sie sich im Rechtsmittelverfahren befinden oder nicht, Wirkungen erzeugen kann. Letztlich hat sich der JHA dafür ausgesprochen, vorbehaltlich einer rechtlichen Prüfung allen Tagespflegepersonen die Erhöhungen zukommen zu lassen]. Die Mitglieder sprechen sich mehrheitlich dafür aus.

Die Wiedervorlage der Bestätigung der Sitzungsniederschrift erfolgt zur nächsten Sitzung.“

- Auszug aus dem dann bestätigten Protokoll zu diesem Punkt vom 14.04.2021:

„Die Verwaltung schlägt vor zu prüfen, inwieweit es rechtlich möglich ist, die Anerkennung und Gleichbehandlung für alle Tagesmütter zu erreichen. Herr Claussen sprach sich dagegen aus, nach seiner Auffassung könne abgestimmt werden. Sollte sich die Entscheidung als rechtswidrig erweisen, könne die Verwaltung diesen Beschluss ohnehin nicht umsetzen und müsste den Ausschuss ggf. wieder mit dem Thema befassen. Er stellte den Antrag, die Erstattung für alle Tagesmütter umzusetzen, unabhängig davon, ob sie geklagt haben oder nicht. Unabhängig vom Rechtsanspruch sei dies aus Billigkeitsgründen geboten. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.“

Insofern ist gerade in der Sitzung vom 14.04.2021 in Erwägung gezogen worden, dass der Beschluss bei Rechtswidrigkeit nicht umsetzbar wäre. Und genau diese Rechtswidrigkeit der Umsetzung (und nicht des Beschlusses) ist sodann im Prüfvermerk der Rechtsabteilung zur JHA 19.05.2021 dargelegt worden.

Der Beschlussverlauf konnte gesamthaft nur so verstanden werden, dass dieser nur unter Vorbehalt der rechtlichen Prüfung gefasst wurde; dies insbesondere vor dem Hintergrund der sich bereits abzeichnenden fehlenden Rechtsgrundlage für die rückwirkenden Auszahlungen an alle Tagespflegepersonen.

Schließlich hat das seinerzeitige Ministerium für Inneres und Europa M-V in seinem Schreiben vom 02.07.2018, das allen Fraktionen mit E-Mail vom 06.07.2018 zur Verfügung gestellt wurde, darauf hingewiesen, dass die kommunalpolitischen MandatsträgerInnen in der Stadtvertretung und damit eingeschlossen im Jugendhilfeausschuss bei Abstimmungen ihrer politischen Überzeugung bzw. ihrem Verständnis des öffentlichen Wohls im Rahmen der geltenden Gesetze folgen sollten, weil auch sie Teil der an Recht und Gesetz gebundenen vollziehenden Gewalt sind. Für die Beschlussfassung des JHA fehlte mithin nicht nur die Rechtsgrundlage, sondern zudem die finanziellen Mittel.

3. Aufgrund kollidierender Bürgeranfrage eines Schweriner Bürgers zur Sitzung am 6. Dezember mit diesem Berichts Antrag, der eine Bürgerfrage nach Ansicht des Büros der Stadtvertretung nicht zulässig macht - wird ferner im Rahmen des Berichtes um

detaillierte Beantwortung folgender beiden Fragen gebeten:

1. Frage: Wie steht der Oberbürgermeister als oberster Dienstherr dazu, dass der Fachdienst Jugend den Beschluss der Stadtvertretung vom 15.03.2021 (016/StV/2021) als auch den Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.08.2021 trotz Fristen nicht umsetzt?

Inhalt des Beschlusses war, die satzungsrechtliche Regelung zum Personalschlüssel, die am 15.03.2021 beschlossen wurde, bis zum 30.09.2021 zu evaluieren. Aufgrund der kurzen Zeiträume war nach einhelliger Auffassung der Kita-Träger und der „Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Kindertagesbetreuung“ eine Evaluierung inhaltlicher Art zur Wirksamkeit des neuen Personalschlüssels nicht möglich. Dies lag vornehmlich darin begründet, dass der erhöhte Personalschlüssel in die Entgeltverhandlungen der Kita-Träger mit der Landeshauptstadt Schwerin einfließt und zu den Entgeltverhandlungen durch die Kita-Träger nach und nach aufgerufen wird. Damit war die Zeit zwischen der Änderung der Satzung am 15.03.2021 und dem Zeitpunkt der Evaluierung zum 30.09.2021 zu knapp, um eine belastbare Datenbasis vorlegen zu können. Ungeachtet dessen, hat die Verwaltung für den JHA am 17.11.2021 eine Beschlussvorlage

<https://bis.schwerin.de/vo0050.asp?kvonr=8889>

vorgelegt, die der JHA in seiner Sitzung am 17.11.2021 abgelehnt hat.

2. Frage: Der Oberbürgermeister sowie der Sozialdezernent betonen in ihren Ausführungen zu einer möglichen Verbesserung der personellen Ausstattungen in den Schweriner Kindertageseinrichtungen im Sinne eines verbesserten Personalschlüssels in der Kita-Satzung der Landeshauptstadt Schwerin immer wieder, dass es aktuell gar nicht ausreichend Fachpersonal gäbe, um mögliche Stellen zu besetzen. Meine Frage lautet deswegen, welche Maßnahmen der Oberbürgermeister bzw. der Sozialdezernent in den vergangenen Jahren beim Land Mecklenburg-Vorpommern angestrebt haben, um sich für mehr Ausbildungsklassen in den Berufen „Staatlich anerkannte*r Erzieher*in“ bzw. „Erzieher*in Null bis Zehn“ einzusetzen.“

Jedes Jahr zeigt die Stichtagsmeldung der Kita-Träger zur Anzahl der betreuten und Kinder sowie zur Personalausstattung zum 1.3. in den Kitas ein Personaldefizit. Diese Problematik zeigt sich landesweit. Die daraus resultierenden Probleme sind von VertreterInnen der Stadt in den entsprechenden Gremien immer wieder thematisiert worden (Abstimmungen der Sozialdezernenten mit dem Sozialministerium, AG Jugendamtsleiter, Abstimmungen mit Vertretern des Städte- und Gemeindetages etc.). Das Land hat im Sommer 2021 die von ihm in Auftrag gegebene Fachkräfteanalyse vorgelegt, in der der Personalmangel und insbesondere die notwendigen Handlungsfelder aufgezeigt werden (<https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Familie/Kindertagesf%C3%B6rderung/>), die in dem vom Land nunmehr durchgeführten interdisziplinären Dialog mit Trägern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden näher beleuchtet werden. Ziel ist es, die notwendigen Handlungsschritte zur Verbesserung der Fachkräftesituation herauszuarbeiten und festzulegen.

Ausbildungskapazitäten werden hier sicher eine Rolle spielen. Die konkreten Ergebnisse stehen noch aus. Jedenfalls ist dies im ersten Schritt ein Thema auf Landesebene.

Ungeachtet dessen, sind die Ausbildungskapazitäten in dem Regionalen Beruflichen Bildungszentrum Gesundheit und Sozialwesen der Landeshauptstadt Schwerin für die Ausbildungen zum Erzieher/zur Erzieherin und zum Erzieher/zur Erzieherin für die die 0- bis 10-jährigen Kinder aufgestockt worden. Zur Absicherung der Ausbildung sind weitere Räumlichkeiten am Standort in der Werkstraße hergerichtet und ausgestattet worden. Mit dem Neubau des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums sind weitere Kapazitätserhöhungen geplant.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister